



**Sehr geehrte Damen und Herren,** die vergangenen Wochen und Monate

unter Rot-Rot waren geprägt von verpassten Chancen, Fehlentscheidungen, Stillstand und internen Streitigkeiten. Beispiele:

1. Die Berliner Schulstrukturreform sorgt für Chaos und Durcheinander und verunsichert Eltern, Schüler und Lehrer. Während Rot-Rot darauf setzt, per Los zu entscheiden, wer auf das Gymnasium darf, sieht die CDU eine Neuausrichtung der Bildungslandschaft vor, die das Gymnasium garantiert und für alle anderen Schüler die Möglichkeit eröffnet, sowohl den bisherigen mittleren als auch einen stärker praktisch orientierten Abschluss zu machen. Wir wollen Chancen- und Leistungsgerechtigkeit in der Bildung, nicht Gleichmacherei wie Rot-Rot. Wir setzen auf individuelle Förderung der Stärken jedes Einzelnen.

2. Fast täglich werden in Berlin Autos angezündet. Der SPD-Innensenator hat den Kampf gegen diese Feinde unserer freiheitlichen Demokratie, die Nacht für Nacht Brandsätze auf Autos, Wohn- und Geschäftshäuser werfen, offenbar aufgegeben. Die CDU dagegen fordert u. a. seit langem einen Runden Tisch gegen Linksextremismus, an dem Experten von Polizei, Staats- und Brandschutz sowie der Extremismusforschung Konzepte gegen die Brandstifter erarbeiten.

3. Auch die finanzielle Situation Berlins hat sich unter Rot-Rot dramatisch verschlechtert. Mit einer Rekordverschuldung von 5,6 Milliarden Euro für 2010 und 2011 steigt der Schuldenstand Berlins auf rund 65 Mrd. Euro. Der rot-rote Senat hat allein in seiner Verantwortung über 25 Mrd. Euro Schulden angehäuft und sich damit als hemmungsloser Schuldenmacher erwiesen.

Insgesamt zeigt der Widerstand gegen den Ausbau der A 100, dass der Rückhalt Wowereits in den eigenen Reihen schwindet. Daher wird es in den kommenden Monaten in besonderem Maße darum gehen, an der Ablösung des rot-roten Senats zu arbeiten.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2010.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Graf, MdB

Kreisvorsitzender CDU Tempelhof-Schöneberg

## Die CDU erobert nach 15 Jahren das Direktmandat in Tempelhof-Schöneberg zurück – herzlichen Dank für Ihr Vertrauen!

### Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Tempelhof-Schöneberg,

wir haben unsere Wahlziele erreicht: die Union ist die stärkste Kraft im 17. Deutschen Bundestag und wir bilden gemeinsam mit der FDP eine christlich-liberale Koalition, die eine bürgerliche Regierung unter der Führung von Angela Merkel als Bundeskanzlerin trägt. Natürlich freut mich eines besonders: den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg konnten wir nach 15 Jahren erstmals wieder direkt gewinnen. Mit 32,5 Prozent der Erststimmen haben Sie mich zu ihrem neuen Wahlkreisabgeordneten für Tempelhof-Schöneberg gewählt. Damit lagen wir 6,1 Prozent vor der Spitzenkandidatin der GRÜNEN im Bund und Zweitplatzierten Renate Künast und 9,8 Prozent vor der bisherigen Wahlkreisinhaberin Mechthild Rawert von der SPD. Für Ihr Vertrauen bedanke ich mich sehr herzlich!

Dieses Ergebnis ist ein gemeinsamer Erfolg – er wurde erst möglich durch die Unterstützung von unzähligen freiwilligen Helfern, die den Wahlkampf beim Plakatieren, Verteilen von Flyern oder bei den verschiedensten Straßenaktionen mitgetragen und mich begleitet haben. Auch Ihnen gilt mein ganz persönlicher Dank!

Bundesweit erreichte die Union mit 33,8 Prozent der Zweitstimmen – gegenüber der Bundestagswahl 2005 haben wir uns um 1,4 Prozent verschlechtert. Trotz des insgesamt erreichten Wahlsieges dürfen wir nicht leichtfertig darüber hinweggehen – es wird eine Aufgabe der kommenden Wochen und Monate sein, den Ursachen hierfür auf den Grund zu gehen. Eines steht aber bereits jetzt fest: das in der Großen Koalition verwaschene inhaltliche Pro-

fil müssen wir zurückgewinnen und uns dabei auf den Markenkern der CDU besinnen: die Soziale Marktwirtschaft!

In Berlin konnte die Union entgegen des Bundestrends mit 22,8 Prozent hingegen 0,8 Prozent zulegen und ist landesweit wieder stärkste Kraft. Besonders erfreulich ist dabei, dass wir im Ostteil unserer Stadt besonders viele Stimmen hinzugewinnen konnten. Die CDU Berlin konnte im Ergebnis fünf Direktmandate gewinnen und entsendet nun 6 Abgeordnete in den Bundestag. Wenig Anlass zur Freude bietet allerdings der Umstand, dass die LINKE dieses Mal in absoluten Stimmen die SPD in Berlin auf Platz drei verwiesen hat. Es zeigt sich einmal mehr, dass der von Wowereit und der SPD eingeschlagene Weg, die LINKE regierungsfähig zu machen, sich als Bumerang erweist.

In den kommenden vier Jahren werden wir nun das, was wir den Menschen vor der Wahl gesagt haben, umsetzen. Der mit der FDP geschlossene Koalitionsvertrag ist dazu eine gute Grundlage: er trägt die klare Handschrift der Union. Wir haben vereinbart, die Menschen zu entlasten – gerade die Leistungsträger der Gesellschaft – die Familien und der Mittelstand – müssen mehr Netto vom Brutto erhalten. Kindergeld und Kinderfreibetrag erhöhen wir zum 1. Januar 2010, die Kalte Progression mildern wir ab. Wir haben weiter vereinbart, mehr in Zukunft zu investieren – Bildung und Forschung haben bei unseren Ausgaben Priorität. Die Qualität der Kindertagesstätten werden wir gemeinsam mit den Ländern verbessern und ein einkommensunabhängiges, nationales Stipendienprogramm einrichten. Denn Bildung darf keine Frage der Herkunft sein. Insgesamt werden wir die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um 12 Mrd. Euro erhöhen. All diese



Dr. Jan-Marco Luczak

Ausgaben sind notwendig, um nachhaltiges Wachstum zu generieren – nur so kommt Deutschland gestärkt aus der Krise. Gleichwohl sind wir uns bewusst: wir müssen den Weg aus dem Schuldenstaat verlassen. Deswegen ist eine nachhaltige Haushaltspolitik fester Bestandteil unserer Koalitionsvereinbarung: das jährliche Ausgabenwachstum muss danach unter dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts liegen; die Schuldenbremse des Grundgesetzes wird ebenso strikt eingehalten, wie der europäische Stabilitätspakt.

Die Politik von Union und FDP wird insgesamt getragen von gemeinsamen politischen Prinzipien: Freiheit in Verantwortung, Leistungsbereitschaft und Solidarität, Toleranz und Fairness sowie Heimatverbundenheit und Weltoffenheit. Trotz der gemeinsamen Überzeugungen und Ziele: die Wörter des Koalitionsvertrages müssen nun mit Leben gefüllt werden. Die Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin hat bereits gezeigt, dass dies auch gerade im Verhältnis zur FDP keine leichte Aufgabe werden wird. Insbe-

sondere in meinem Arbeitsbereich – dem Rechtsausschuss – wurde sehr deutlich, dass bei dem Austarieren von Freiheit auf der einen und Sicherheit auf der anderen Seite, unterschiedliche Sichtweisen und Ansätze bestehen. Die Union wird in den kommenden vier Jahren Garant dafür sein, dass die Menschen auch zukünftig wirksam vor Straftaten geschützt werden und in Sicherheit leben können. Denn ohne Sicherheit kann Freiheit nicht gelebt werden.

Ich freue mich auf die Herausforderungen der nächsten Jahre. Das Wahlergebnis ist für mich Ansporn und Verpflichtung zugleich. Ich stehe Ihnen als Ansprechpartner vor Ort zur Verfügung. Bitte zögern Sie nicht, sich bei Fragen, Anregungen oder Kritik an mich zu wenden.

Herzliche Grüße

Dr. Jan-Marco Luczak MdB

**Erinnerung an die Luftbrücke**

Seite 1

**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**

Seite 3

**Umweltzone ist reine Abzocke**

Seite 6

**Nachrichten aus Friedeau**

Seite 7

## Besuch in der Erinnerungsstätte für die Luftbrücke anlässlich der Blockade West-Berlins vom 24. Juni 1948 – 12. Mai 1949 durch die Sowjetische Besatzungsmacht.

### Salz! Junge, Salz!

Der Freudenruf der Mutter war nicht zu überhören. Das war anno 1948 während der Luftbrücke in Berlin. Der Sohn hatte einen Traumjob damals ergattert: Entladen der „Rosinenbomber“. Eine Tüte war „heruntergefallen“ und der Filius hatte sie rasch unter seiner Jacke verborgen. Unterwegs auf dem Weg nach Hause hatte er mit dem Zeigefinger gekostet und war enttäuscht, Salz – nur eine Tüte Salz. Ganz anders seine Mutter: sie kostete auch, ihre Augen strahlten: „Junge, weißt Du, was das ist? Salz, das habe ich schon seit Wochen nicht mehr bekommen. Es ist wie ein Schatz, mein Junge!“

Diese und andere Erinnerungen wurden wach, als eine Besuchergruppe aus Berlin Tempelhof-Schöneberg im Rahmen der Seniorenbetreuung eine Tagesfahrt zum Fliegerhorst Fassberg gemacht hat.

Anlass ist der 60. Jahrestag der Aufhebung der Blockade von West-Berlin. Von Fassberg, dem Fliegerhorst in der Lüneburger Heide nahe bei Celle, wurde zunächst mit zweimotorigen später mit viermotorigen Flugzeugen die gesamte Kohle nach West-Berlin geflogen. Ziel war der leider inzwischen geschlossene Flughafen Tempelhof. Später kamen Gatow und Tegel dazu. Es war die kürzeste Verbindung. 539 112 Tonnen mit bis zu 450 Flügen je Tag sind heute eine kaum noch vorstellbare logistische Leistung. In geschlossenen Güterwagen wurde die Kohle in Säcken aus dem Ruhrgebiet herangeschafft. Trocken musste sie sein, man wollte ja kein Wasser nach West-Berlin fliegen. Wasser war das Einzige, was in West-Berlin genügend vorhanden war. Fassberg war einer der wichtigsten Pfeiler der Luftbrücke.

Die Schließung Tempelhofs löste bei den Faßbergern nicht nur Kopfschütteln aus.

In drei Nissenhütten und zwei Güterwagons aus der damaligen Zeit dokumentieren originale Exponate vom Kohlsack bis zur Rationsdose mit dehydrierten Lebensmitteln, das sind Lebensmittel, denen während der Produktion das Wasser entzogen wurde, was so alles nach Berlin geflogen wurde. Die Trockenmohrrüben von damals waren geraspelt und sahen aus wie rote Fadennudeln, Kartoffeln waren wie Chips und Kohl dünn wie Teeblätter und nicht zuletzt Trockenmilch und das legendäre POM Kartoffelpuder. Erstaunlich wie unsere Mütter damals aus diesen Zutaten ein schmackhaftes Essen zauberten.

Fotos zeigen die schwere Arbeit des Beladens der Maschinen. Es ist nur noch schwer vorstellbar, dass knapp drei Jahre nach Beendigung des Krieges Amerikaner, Briten und Deutsche gemeinsam bis zur völligen Erschöpfung ackerten, um West-Berlin nicht in die Hände der Kommunisten fallen zu lassen. Da entstanden Freundschaften zwischen den Soldaten auf der einen und ihren Kriegsgegnern auf der anderen Seite.

Unser bisheriger Finanzsenator Sarrazin kam damals als junger „Spund“ auf die Idee, aus Kostengründen die West-Berliner in die Lüneburger Heide umzusiedeln – und das immer noch in Trümmern liegende West-Berlin den Russen zu überlassen. Eine Vorstellung eines Buchhalters und nicht die eines Politikers.

Freiheit war das Entscheidende und die Politiker und Militärs vom Schlage eines General Clay sahen voraus. Schon 48 Stunden nach



Schließen der Schlagbäume setzten sie ein Räderwerk der Hilfe in Gang, um den West-Berlinern das Leben in Freiheit zu ermöglichen. Aus der ganzen westlichen Welt holte Clay alle verfügbaren Flugzeuge zusammen, um dann Tag für Tag bis zu 13 000 Tonnen Versorgungsgüter nach West-Berlin zu fliegen. Ein Ehepaar aus dem Rheinland war angesichts dieser Ausstellung hier in Faßberg überrascht und gestand, dass sie zwar in der Zeit von der Luftbrücke gehört haben, aber sich dieser Dimension überhaupt nicht bewusst geworden sind. Und ihre Kinder, so sagte die Frau, könnten mit dem Begriff Luftbrücke überhaupt nichts anfangen.

Um ein Vergessen dieser einmaligen Hilfsaktion zu verhindern, ist diese Ausstellung geschaffen worden. Die Technische Schule der Luftwaffe 3 auf dem Fliegerhorst Faßberg, zusammen mit den nur 125 Mitgliedern des starken Fördervereins leisten Vorbildliches. Den jungen Soldaten wird im Rahmen ihres staatsbürgerlichen Unterrichts unsere jüngere Geschichte anschaulich dargestellt. Wie aus Gegnern Freunde wurden, wird ausführlich

dokumentiert. In einem 15 Minuten Film wurden Bilder aus der Zeit wieder lebendig. Und als die Gruppe aus Berlin wieder ins Freie trat, wischte sich Mancher eine Träne aus den Augen.

Der Förderverein arbeitet mit der Berliner Organisation Luftbrückendank zusammen. Allerdings könnte – und das war deutlich herauszuhören – die Unterstützung durch den Senat durchaus besser sein!

Blickfang der Ausstellung Erinnerungsstätte Luftbrücke Berlin ist ein Flugzeug vom Typ C47 oder in Berlin besser bekannt unter dem Namen „Rosinenbomber“. Diese Maschine steht im Freien und bedarf dringend

einer Überdachung, ähnlich einem Carport. 200 000 € soll dieses Dach kosten, um die Maschine zu schützen. Auch hierfür sind Spenden willkommen!

Beim Kaffee in der Kantine waren einige unserer Mitreisenden tief beeindruckt, was sie hier mitten in der Lüneburger Heide vorfanden. Ist es angesichts dieser Leistung der Engländer und Amerikaner verwunderlich, wenn die Westberliner noch Heute diese, Ihre Retter, als Freunde empfinden?

**Am 27. August dieses Jahres, dem Tag des letzten Fluges eines Luftbrückenfluges nach Berlin, fand auf dem Platz vor dem Rathaus von Faßberg eine Feier statt. Dabei ist der Platz vor dem Rathaus in „Platz der Luftbrücke“ umbenannt worden! Ministerpräsident Wulff, der Inspekteur der Luftwaffe Stieglitz haben in Ansprachen die Bedeutung dieses Tages gewürdigt. Musikkorps der Luftwaffe und der Alliierten haben den festlichen Tag zünftig eingerahmt.**

*Manfred Beck*

P.S. um das Ganze zu unterstützen bin ich Mitglied geworden!

### Besuchen kann jeder die Gedenkstätte vom 1. April bis 15. Oktober,

Montag – Donnerstag von 13.00 Uhr – 17.00 Uhr.

Freitag 13.00 Uhr – 15.30 Uhr,

Sonntag 13.00 Uhr – 17.00 Uhr.

Eintritt: Frei

Nähere Informationen im Internet unter [www.luftbrueckemuseum.de](http://www.luftbrueckemuseum.de)

## Musste das Bezirksamt wirklich die Anwohner des Winterfeldplatzes mit 2. Millionen Euro belasten?

Das wollte die CDU im Oktober vom zuständigen Stadtrat Oliver Schwork (SPD) wissen. Schon allein die Frage wurde als Majestätsbeleidigung aufgefasst. Alles sei rechtlich einwandfrei, das war die Botschaft. Nur darum ging es gar nicht, die Frage lautete: „Hat das Bezirksamt alles getan, um die Umlage zu vermeiden?“ Darauf gab es natürlich keine Antwort. Kurz vor Ablauf der Verjährungsfrist hatte das Bezirksamt Ende 2008 noch schnell die Bescheide an ca. 900 Wohnungs – und Hauseigentümer verschickt. Die CDU hielt genauso wie die Grünen und die FDP

die zwingend vorgeschriebene Bürgerbeteiligung für nicht gegeben. Die Klage der Anwohner scheiterte jedoch in der ersten Instanz.

In der BVV ging es nun darum, ob das Bezirksamt die Überörtlichkeit der Grünanlage geprüft hatte, mit der eine Umlage hätte vermieden werden können. Hierauf gibt es bis heute keine Antwort, aber der Ablauf der Angelegenheit spricht für sich. Nach Auffassung der CDU hatte die Verwaltung Angst, möglicherweise in Haftung durch die Senatsverwaltung genommen zu werden und wollte mit der Umlage für

die Anreiner auf der sicheren Seite sein. Für Prüfungen blieb da keine Zeit mehr. Aus Sicht der Verwaltung verständlich, aber der zuständige Stadtrat ist nicht Verwaltungsbeamter, sondern politischer Wahlbeamter, und wir sind berlinweit der einzige Bezirk, der Erschließungsbeiträge für Grünanlagen auf die Bürger umgelegt hat. Andere Bezirke haben hier offensichtlich mehr Phantasie, und das Bezirksamt hatte dem Vorgang in den vergangenen 4 Jahren, so lange hätte die Umlage bereits erfolgen können, offensichtlich eine andere Bedeutung zuge-

messen. Unverständlich bleibt auch die Reaktion des Stadtrates auf eine betroffene Wohnungseigentümerin der Grauen Fraktion, der unmissverständlich durch Herrn Schwork und der SPD klargemacht wurde, dass Ihre Kritik am Bezirksamt eine Unverschämtheit und die BVV kein Podium für die Durchsetzung eigener Interessen sei. Wer Herrn Schwork öfters bei der BVV erlebt, kennt dieses Verhalten. Entweder er verspottet mit seinen Antworten die betroffenen Bürger oder er geht sie ruppig an. Die Verwaltung oder er selbst sind stets fehlerfrei. Nun

könnte man sich als Anhänger von CDU, FDP oder Grünen freuen, denn Herr Schwork schafft es durch seine charmante Art jeden gegen sich und die SPD aufzubringen, was das Wahlergebnis der SPD sicher nicht verbessern wird. Als Bewohner dieses Bezirks sind mir jedoch die Menschen und ihre Anliegen wichtig, und deshalb finde ich das Verhalten des Bezirksamtes furchtbar. Herr Schwork, schaden Sie ihrer Partei so lange Sie wollen, aber bitte entwickeln Sie endlich mehr Bürgernähe für die Menschen im Bezirk.

*Die Redaktion*

## Auszüge der Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel: Deutschland zu neuer Stärke führen!



Die Prognosen sind besser als erwartet: Die deutsche Wirtschaft wächst, wenn auch nur sehr langsam. Gleichwohl steht Deutschland noch immer vor einer Bewährungsprobe,

wie es sie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik gab: Das Bruttoinlandsprodukt liegt noch immer real 4,7 Prozent unter Vorjahresniveau, der Einbruch ist um ein Fünffaches stärker als zu Zeiten der Ölkrise Anfang der 70er Jahre.

Um so wichtiger ist es, die Voraussetzungen für neues und stärkeres Wachstum zu schaffen. Eine drastische Ausgabenkürzung oder die Streichung bei Sozialleistungen wären hier die falsche Antwort. Nur mit Wachstum werden wir es schaffen, die Folgen der Krise zu überwinden und zukunftsträchtige Rahmenbedingungen für mehr Bildung, Investitionen und Hilfe für die Schwachen zu gestalten.

Um Wachstum zu erreichen, müssen wir neben den Maßnahmen des sog. „Wachstumsbeschleunigungsgesetzes“ auch Veränderungen im Steuersystem angehen. Leistung muss sich lohnen! Nur so können die Bürgerinnen und Bürger wieder Vertrauen in den Staat fassen. Dieses Vertrauen muss auch angesichts der Herausforderungen des demographischen Wandels Bestand haben. Dessen drohende Auswirkungen auf die Sozial- und Rentensysteme erfordern es, klug und weitsichtig auf den veränderten Altersaufbau der Gesellschaft zu reagieren. Eine Ergänzung bei der Pflegeversicherung um kapitalgedeckte Elemente ist hierfür etwa ein richtiger Schritt.

## Die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und FDP:

**„WACHSTUM. BILDUNG. ZUSAMMENHALT.“:** Unter diese Überschrift haben CDU, CSU und FDP ihren Koalitionsvertrag gestellt. Das sind die wichtigsten Punkte, mit denen wir Deutschland aus der Wirtschaftskrise und in eine gute Zukunft führen wollen:

- 1 ENTLASTUNG DER BÜRGER.** Insbesondere untere und mittlere Einkommensbereiche und Familien mit Kindern sollen steuerlich entlastet werden. Die Steuerentlastungen werden 24 Mrd. Euro ausmachen. Das Steuersystem wird zudem einfacher und gerechter.
- 2 SOLIDE HAUSHALTSPOLITIK.** Der Weg in den Verschuldungsstaat wird gestoppt. Die neue Schuldenregel im Grundgesetz und der Europäische Stabilitätspakt werden eingehalten.
- 3 UNTERNEHMEN STÄRKEN, ARBEITSPLÄTZE SICHERN.** Unternehmensteuer und Erbschaftsteuer werden verbessert, Bürokratie wird weiter abgebaut.

- 4 ARBEIT MUSS SICH LOHNEN.** Das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger wird auf 750,- Euro pro Lebensjahr erhöht. Wer für sein Alter gespart hat, hat auch als Hartz-IV-Empfänger etwas davon. Außerdem werden die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Hartz-IV-Empfänger deutlich verbessert.
- 5 FAMILIEN WERDEN GESTÄRKT.** Das Kindergeld wird um 20,- Euro monatlich angehoben, der Kinderfreibetrag auf 7.008,- Euro erhöht. Das Elterngeld wird zum Teilerntergeld weiterentwickelt.
- 6 DEUTSCHLAND WIRD BILDUNGSREPubLIK.** Der Bund wird seine Ausgaben für Bildung und Forschung bis 2013 um 12 Mrd. Euro erhöhen. Wir wollen das Ziel, 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben, so früh wie möglich erreichen. Bildungssparen wird staatlich gefördert, ein nationales Stipendienprogramm errichtet.

- 7 INTEGRATION WIRD VORANGEBRACHT.** Für alle Kinder sollen Sprachstandstests und ggf. gezielte Sprachförderung vor der Einschulung verpflichtend gemacht werden.
- 8 INNERE SICHERHEIT WIRD GESTÄRKT.** Gegen Jugendkriminalität wird stärker vorgegangen, u. a. durch den so genannten „Warnschussarrest“.
- 9 AUS DER KRISE LERNEN.** Die Finanzmärkte werden strenger reguliert, damit sich eine vergleichbare Krise nicht mehr wiederholt.
- 10 SAUBERE, SICHERE UND BEZAHLBARE ENERGIE.** Wir gehen den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energie. Dafür werden auch die Laufzeiten für sichere Kernkraftwerke verlängert. Die dadurch zu erzielenden Einnahmen werden u. a. in die Erforschung erneuerbarer Energien investiert.

## Wachstumsbeschleunigungsgesetz – Starkes Signal für Wachstum und Beschleunigung

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hält Wort: Mit Verabschiedung des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes im Deutschen Bundestag hat

bergungsbetriebe vor. Letztere sollen bei Übernachtungen künftig von einem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent profitieren und



sie ein erstes wichtiges steuerpolitisches Projekt auf den Weg gebracht und so eindrucksvoll die Handlungsfähigkeit der neuen Koalition unter Beweis gestellt.

Mit diesem Gesetz werden ab 2010 Familien mit Kindern, Erben und Unternehmen um durchschnittlich 8,5 Milliarden Euro pro Jahr entlastet.

Zusammen mit den bereits in der letzten Legislaturperiode beschlossenen Maßnahmen des „Bürgerentlastungsgesetzes“ belaufen sich die finanziellen Entlastungen auf insgesamt rund 22 Milliarden Euro. Das gibt Familien und Unternehmen erheblichen Spielraum für neue Investitionen und zusätzliche Nachfrage. Diese Impulse sind notwendig, um rasch neues Wachstum zu generieren und somit die Grundlage für einen nachhaltigen Aufschwung zu schaffen.

Zur steuerlichen Entlastung und Förderung von Familien mit Kindern wird der Kinderfreibetrag für jedes Kind von derzeit 6.024 Euro auf 7.008 Euro angehoben. Für eine Familie mit zwei Kindern sinkt damit das zu versteuernde Einkommen dauerhaft um 1.968 Euro pro Jahr. Damit auch Familien in unteren und mittleren Einkommensbereichen entlastet werden, steigt das Kindergeld für jedes Kind um 20 Euro. In beiden Maßnahmen manifestiert sich die Überzeugung, dass Familien Kern und Leistungsträger der Gesellschaft sind.

Neben der Familienförderung sieht das Gesetz umfangreiche Entlastungen für Unternehmen und Beherr-

dadurch in ihrer Wettbewerbsposition gestärkt werden.

Auch die Erbschaftsteuerreform wird korrigiert. So werden die Steuersätze für erbende Geschwister und Neffen in der Steuerklasse II von bisher 30 bis 50 Prozent deutlich auf 15 bis 43 Prozent gesenkt werden. Bisher wurden sie behandelt wie Nicht-Verwandte in der Steuerklasse III. Diese Differenzierung der Steuersätze folgt dem Prinzip, dass Angehörige gegenüber Dritten besser gestellt werden sollen, um dem familiären Näheverhältnis Rechnung zu tragen. Das konnte gegen die SPD bei der letzten Reform nicht durchgesetzt werden. Entlastet werden auch Erben, die einen Betrieb fortführen. Sie können sich über eine Lockerung bei den Auflagen freuen, die sie für eine Befreiung von der Erbschaftsteuer erfüllen müssen: Die Unternehmensnachfolge wird dadurch krisenfester, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher ausgestaltet.

Auch für Unternehmen sind durch Korrekturen im Unternehmenssteuerrecht diverse Steuererleichterungen vorgesehen, wie die Abmilderung der sog. „Zinsschranke“. Ziel ist, Arbeitsplätze auch in konjunkturell schwierigen Zeiten zu erhalten. Der Bundesrat hat dem Gesetzesvorhaben am 18. Dezember 2009 zugestimmt. Die Länder haben damit unter Beweis gestellt, dass auch sie an einer schnellen Überwindung der Krise interessiert sind.

Das Wachstumsbeschleunigungsgesetz schafft hierfür die besten Voraussetzungen.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
CDU Tempelhof-Schöneberg,  
Tempelhofer Damm 158/160,  
12099 Berlin

**Redaktion und Layout:**  
Dietrich Rudorff (Chefredakteur)  
Florian Graf  
Roman Simon  
Dr. Jan-Marco Luczak

**Fotos:**  
Rüdiger Bandholtz  
**Auflage:**  
15.000

**Druck:**  
Westkreuz-Druckerei  
Ahrens KG Berlin/Bonn,  
Töpchiner Weg 198/200,  
12309 Berlin

Jeder Autor ist für seinen Text selbst verantwortlich. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

# Die Schwerpunkte von Dr. Jan-Marco Luczak im Deutschen Bundestag



Luczak vor dem Ullsteinhaus Tempelhof

## Arbeit im Rechtsausschuss:

Der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages ist ein so genannter Gesetzgebungsausschuss. Seine Haupttätigkeit liegt in der Vorbereitung und Beratung von Gesetzesentwürfen, die auf der Grundlage von Berichten und Beschlussempfehlungen des Rechtsausschusses im Plenum behandelt werden. Sein Arbeitsbereich entspricht größtenteils dem Zuständigkeitsbereich

des Bundesministeriums der Justiz. Federführend berät der Rechtsausschuss insbesondere Vorlagen aus folgenden Bereichen:

- Staats- und Verfassungsrecht,
- Bürgerliches Recht,
- Handels- und Wirtschaftsrecht (Gesellschaftsrecht, gewerblicher Rechtsschutz, Urheberrecht),
- Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, Strafvollzugsrecht,

- Gerichtsverfassung, Rechtspflege, Dienst- und Berufsrecht der Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Notare,
- Verfahrensrecht auf den genannten Gebieten,
- Völkerrecht; Rechtshilfe; Auslieferungsrecht,
- Recht der Europäischen Union für den Justizbereich.

## Rechtsausschuss als mitberatender Ausschuss

Neben diesen Themen berät er Vorlagen, die zur federführenden Beratung einem anderen Ausschuss zugewiesen sind, deren Sachgebiet aber teilweise auch die oben genannten Felder der Rechtspolitik betreffen.

## Vorlagen der Europäischen Union

Ein wachsender Teil der Tätigkeit des Rechtsausschusses wird durch Vorgaben der Europäischen Union bestimmt. Die zur Federführung oder Mitberatung überwiesenen EU-Vorlagen sowie die Dokumente und Unterrichtungen der Organe der Europäischen Union werden grundsätzlich zunächst im Unterausschuss Europarecht des Rechtsausschusses ausführlich beraten. Immer wieder legt auch die Bundesregierung Berichte über den Stand der Verhandlungen zum Gemeinschaftsrecht sowie zu den Abkommen im Rahmen der sogenannten Dritten Säule – dem Bereich der justiziellen und polizeilichen Zusammenarbeit – vor.

## Stellungnahmen vor dem Bundesverfassungsgericht

Der Rechtsausschuss berät zudem den Deutschen Bundestag in Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und entwirft Stellungnahmen etwa zur Frage, ob ein Bundesgesetz mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

## Arbeit im Unterausschuss

### Europarecht:

Im Unterausschuss Europarecht wird vom Europäischen Zentralhandelsregister bis zum Europäischen Haftbefehl alles beraten, was europarechtlich relevant ist. Die Fachpolitiker im Europarecht bearbeiten unter anderem Vorschläge zu EU-Richtlinien und beraten Initiativen zu europäischen Vorschriften.

Der Rechtsausschuss schlägt auf der Grundlage der Empfehlungen des Unterausschusses Europarecht dem

Plenum die weitere Vorgehensweise zu den jeweiligen Vorlagen vor.

## Arbeit im Innenausschuss:

Der Innenausschuss des Deutschen Bundestages berät federführend über sämtliche Angelegenheiten der Innenpolitik und der Verwaltung des Bundes. Seine Zuständigkeiten korrespondieren weitgehend mit denen des Bundesministeriums des Innern. Die Bandbreite der Zuständigkeiten umfasst im Wesentlichen folgende Themen:

- Ausländer- und Asylpolitik
- Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten
- Informationsgesellschaft
- Innere Sicherheit und Schutz der Verfassung
- Öffentlicher Dienst
- Personenstandswesen und Namensrecht
- Politische Bildung
- Religionsgemeinschaften
- Staatsangehörigkeit
- Statistik/Meldewesen
- Vereins- und Versammlungsrecht
- Verfassungs- und Verwaltungsrecht
- Wahlen/Parteien
- Zivil- und Katastrophenschutz

Neben der Beratung von Gesetzesvorlagen nimmt der Innenausschuss Berichte der Bundesregierung zu wichtigen Sachgebieten der Innenpolitik entgegen. Bei überwiesenen Berichten kann er auf ihrer Basis Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung aussprechen. Die Verfassungsschutzberichte werden alljährlich eingehend diskutiert.

## Sie erreichen mich und mein Büro

### Dr. Jan-Marco Luczak

Mitglied des Deutschen Bundestages

### Büro Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Telefon 227 – 71878

Fax 227 – 76978

E-Mail [jan-marco.luczak@bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak@bundestag.de)

[www.luczak-berlin.de](http://www.luczak-berlin.de)

### meine Mitarbeiter:

#### Ilona Täge

Büroleiterin

227 – 71878

[jan-marco.luczak.ma01@bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak.ma01@bundestag.de)

#### Katharina Döring

wissenschaftliche Mitarbeiterin

227 – 81879

[jan-marco.luczak.ma02@bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak.ma02@bundestag.de)

Das Büro ist montags bis freitags

von 8 bis 16 Uhr erreichbar.

### Bürgerbüro

Tempelhofer Damm 158/160

12099 Berlin

Telefon 751 33 88

Fax 752 22 74

E-Mail [jan-marco.luczak@wk.bundestag.de](mailto:jan-marco.luczak@wk.bundestag.de)

Im Bürgerbüro steht Ihnen Horst Kauffmann als Ansprechpartner zur Verfügung.



## Berlin ist Hauptstadt linker Gewalt

Die militante Linke ist in Berlin erstarkt. Auf ihr Konto geht ein Großteil der seit 2005 1.000 abgeackelten Autos. Auch die letzten Mai-Krawalle, bei denen 479 Polizisten verletzt wurden, waren die schlimmsten seit Jahren. Trotzdem tut Innensenator Körting zu wenig, um die linke Gewalt einzudämmen. Daran wird wohl auch die vom Berliner Verfassungsschutz vorgestellte Studie über linke Gewalt nichts ändern. Diese war zwar überfällig, enthält jedoch wenig Neues. Es ist aber ein großer Erfolg der CDU, dass der Senat überhaupt das Problem der Gewalt von Links thematisiert hat.

Noch vor wenigen Monaten wurde hier verharmlost oder sogar bei den Brandanschlägen auf Fahrzeuge die Schuld bei den Autobesitzern gesucht. Auch die fehlende Abgrenzung der Linkspartei zur linksautonomen Szene hat die Union schon lange angeprangert. Körting sah sich nun gezwungen, diese Miss-

stände ebenfalls einzugestehen. Trotzdem passiert hier nicht genug. Wir fordern daher den Senat auf, endlich eine Sonderkommission einzurichten, die sich ausschließlich um die linksextremistisch motivierten Brandstiftungen kümmert. Auch halten wir am von uns seit langem geforderten Runden Tisch gegen

Linksextremismus fest. Schließlich verweist die Studie darauf, dass die Bedrohung durch den Linksextremismus viel größer ist, als Körting zugibt. Wenn der Innensenator jedoch weiterhin auf dem linken Auge blind bleibt, wird Berlin wohl auch zukünftig die Hauptstadt des Linksextremismus sein.



## Parlament stoppt Filz-Besetzung

Die Staatssekretärin für Stadtentwicklung, Hella Dunger-Löper, ist nicht zur neuen Rechnungshofpräsidentin des Landes Berlin gewählt worden. Die von SPD und Linken nominierte Kandidatin erhielt in geheimer Wahl des Abgeordnetenhauses nur 74 Stimmen, notwendig waren 75. Nicht nur die Oppositionsfraktionen aus CDU, Grüne und FDP verweigerten der SPD-Politikerin die Zustimmung, sondern auch zwei Abgeordnete aus der rot-roten Koalition. Dass das Parlament Dunger-Löper nicht zur Rechnungshofpräsidentin gewählt hat, ist wichtig für die politische Hygiene in unserer Stadt. Denn hier lag ein handfester Interessenkonflikt vor. Es gehörte schon eine Menge Skrupellosigkeit dazu, ausgerechnet ein Regierungsmitglied zur obersten Wächterin über die Finanzen der eigenen Regierung zu machen. Mit diesem Personalvorschlag wäre die Unabhängigkeit des Rechnungshofs als Kontrollinstanz erheblich gefährdet gewesen. Eine neutrale Prüfung von politisch brisanten Senatsvorhaben wäre kaum möglich gewesen. Dunger-Löper ist aber auch deshalb ungeeignet, weil sie als Staatssekretärin nicht gerade für ein hohes Verständnis durch parlamentarische Kontrolle und Trans-

parenz, sondern eher durch Verschleierung aufgefallen ist, wie die Vorgänge um die Ausschreibung der öffentlichen Beleuchtung zeigen. Vor diesem Hintergrund ist es kaum vorstellbar, dass es keinen qualifizierteren Bewerber gegeben haben soll, der eine breite Mehrheit über Parteigrenzen hinweg gefunden hätte. Die Nominierung Dunger-Löpers lässt sich daher nur damit erklären, dass die SPD einer treuen Genossin einen lukrativen Job zuschanzen wollte. Die rote Filzentscheidung ist zwar in letzter Minute gestoppt worden. Trotzdem gibt es

keinen Grund zur Freude. Denn SPD und Linke haben mit ihrem untragbaren Personalvorschlag dem Ansehen des Landesrechnungshofes bewusst geschadet. Der Rechnungshofpräsident muss von einer breiten Mehrheit getragen werden – da ist sich die Opposition einig. Um dies zu erreichen, hat die CDU-Fraktion den Vorsitzenden der Regierungsfaktionen vorgeschlagen, in einem Treffen der Vorsitzenden aller Fraktionen über einen geeigneten Kandidaten zu beraten.

Florian Graf,  
MdA



## Senator Zöllner ist ein Störfall für den Berliner Wissenschaftsbetrieb

Die aktuellen Studentenproteste zeigen es deutlich: In den Berliner Hochschulen besteht Handlungsbedarf. Die Einführung der Bachelor- und Master-Abschlüsse im Rahmen der europaweiten Bologna-Reform haben die Studierbarkeit in vielen Fällen erheblich erschwert und das Studium unnötig bürokratisiert. Der Senat versucht, seine Verantwortung hierfür abzuschieben, obwohl er mit der rot-roten Regierungsmehrheit die finanziellen Rahmenbedingungen und damit die Handlungsoptionen der Hochschulen festlegt. Mit der jetzt beschlossenen Einführung eines Preismodells, also der Finanzierung pro Studienplatz mit festgesetzten Beträgen, wird diese Tendenz noch verstärkt, da die Hochschulen gezwungen werden, die Studierenden mit einem minimalen Einsatz an Ressourcen zum Abschluss zu führen. Ein Rückgang an Qualität wird zwangsläufig die Folge sein.

Doch in Zeiten leerer Kassen leistet sich der SPD-Wissenschaftssenator Zöllner mit der Einstein-Stiftung ein teures Prestigeobjekt, mit dem jährlich 40 Millionen EUR am Parlament vorbei an Vorhaben verteilt werden sollten, die dem Senator

genehm sind. Allerdings haben es Stiftung und Senator bislang nicht geschafft, die Gelder entsprechend auszugeben, so dass nun in den Haushaltsberatungen 30 Millionen EUR aus dem Haushalt der Stiftung gestrichen worden sind, um sie für den Kita-Kompromiss einzusetzen. Damit sind diese Millionen für die Hochschulen und die Berliner Wissenschaft verloren.

Die schlechten Perspektiven der Berliner Wissenschaft haben nun Prof. Dr. Dieter Lenzen, den bisherigen Präsidenten der Freien Universität, einem der erfolgreichsten Hochschulmanager Deutschlands, aus der Stadt vergrault. Prof. Lenzen hat die FU zu einer ausgezeichneten Exzellenzuniversität gemacht, zum Dank treten die Wissenschaftspolitiker der rot-roten Koalition noch nach und bieten an, beim Kofferpacken zu helfen. Ein Ausdruck beispielloser Arroganz, der auch auf andere Leistungsträger in der Stadt abschreckend wirkt. Wenn aber jemand die Koffer packen sollte, dann SPD-Mann Zöllner, der für die Probleme der Berliner Wissenschaftslandschaft die Verantwortung trägt.

## CDU-Abgeordnete nahmen am bundesweiten Vorlesetag am 13. November 2009 teil

Einmal im Jahr steht eine entscheidende Grundlage für Sprachkompetenz und Bildungsfähigkeit im Rampenlicht: das Vorlesen. Am diesjährigen bundesweiten Vorlesetag, den 13. November, lasen daher tausende von Bücherfreunden deutschlandweit in Kindergärten, Schulen, Bibliotheken und Buchhandlungen aus ihren Lieblingsbüchern vor. Unter ihnen: zahlreiche Prominente aus Politik, Kultur und Medien. Mit dabei waren auch der Tempelhofer CDU-Abgeordnete Florian Graf, der den Kindern der katholischen Kindertagesstätte Herz Jesu vorlas, und die Schöneberger CDU-Angeordnete Monika Thamm, die den Kindern der Großtagespflegestelle in der Frankenstraße vorlas. Als Höhepunkt der ganzjährigen Initiative „Wir lesen vor“ von Stiftung Lesen und DIE ZEIT möchte der bundes-

weite Vorlesetag Begeisterung für das Lesen und Vorlesen weitergeben sowie für die bildungspolitische Bedeutung des Themas sensibilisieren. Hauptpartner des bundesweiten Vorlesetages ist die Deutsche Bahn AG. Der Hintergrund: Einer aktuellen Studie der Deutschen Bahn, der ZEIT und der Stiftung Lesen zufolge lesen 42 Prozent aller Eltern mit Kindern „im besten Vorlesealter“ von 0 bis 10 Jahren ihren Kindern nur selten oder gar nicht vor. Andere Studien belegen, dass ein Viertel aller 15-Jährigen in Deutschland nicht richtig lesen kann, fast die Hälfte nimmt nie ein Buch zum Vergnügen in die Hand. Das Ziel des Vorlesetages ist daher, Impulse in Kindergärten, Familien, Schulen, Bibliotheken, Buchhandlungen zu setzen – weit über das Aktions-Datum hinaus.

## Kommt das Wohngeld künftig pünktlich?

Nach einer Gesetzesänderung haben seit Jahresbeginn etwa 200.000 Berliner erstmals Anspruch auf einen Miet- und Heizkostenzuschuss. Die steigende Zahl der Bezugsberechtigten löste in den Bezirksämtern Chaos aus. Das Bezirksamt in Tempelhof-Schöneberg brauchte Mitte des Jahres 2009 im Durchschnitt 12 Wochen für die Bearbeitung eines Wohngeldantrages. Ein unhaltbarer Zustand nach Meinung der CDU-Fraktion, die ein Konzept des Bezirksamtes forderte, das deutlich macht, wie die „Flut der Wohngeldanträge“ schnellstmöglich bewältigt werden kann. Die zeitnahe Bescheidung von Wohngeldanträgen ist schließlich für viele Bürgerinnen und Bürger von existenzieller Bedeutung.

Die zuständige Stadträtin hat auf den Antrag reagiert und die Bearbeitung in ihrer Abteilung reformiert. So wurden bspw. die Beratungs- und Öffnungszeiten zugunsten der Bearbeitungszeiten reduziert. Diese Maßnahme ist zwar auch nicht gerade bürgerfreundlich, führt aber wenigstens zu einer schnelleren Bearbeitung. Ziel ist es, dass die durchschnittliche Anzahl der Anträge, die bearbeitet wird, pro Mitarbeiter/in im Monat von 40 auf 60 erhöht wird, um die noch anhängigen Wohngeldanträge abzubauen. Für 2010 hat die CDU einen Ergebnisbericht vom Bezirksamt angefordert. Sollte sich die Bearbeitungszeit nicht drastisch verringert haben, werden wir weitere Maßnahmen einfordern.

Melanie Feudel  
Mitglied im Sozialausschuss

## Umweltzone ist reine Abzocke

Am 1. Januar 2010 droht die zweite Stufe der Umweltzone in Berlin. Dieses **ideologische** Projekt des roten Senats ist nichts anderes als Abzocke: Autobesitzer und kleine und mittelständische Betriebe sind in der größten Wirtschafts- und Finanzkrise gezwungen, ihre Autos und ihren Fuhrpark teuer nach- und umrüsten zu lassen. Beinahe schlimmer wiegt das Ergebnis wissenschaftlicher Studien, die eine Reduktion der Feinstaubbelastung in der Innenstadt durch die bereits lau-

fende erste Stufe der Umweltzone für nicht belegbar halten. Umso mehr begrüßen wir die Vereinbarung der Bundesregierung, die Einrichtung von Umweltzonen künftig stärker an Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit auszurichten. Einfahrverbote sollen demnach gelockert werden, wenn die Einschränkungen in keinem vernünftigen Verhältnis zur erzielten Feinstaubreduzierung stehen. Es besteht also Anpassungsbedarf: Bei der Berliner Umweltzone müssen endlich

die Gesundheits-Ziele mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen in Einklang gebracht werden. Wir fordern den rot-roten Senat deshalb weiterhin auf, die Umweltzone zu überdenken und zumindest die 2. Stufe auf das Jahr 2012 zu verschieben. Dies ermöglicht Unternehmen und Verbrauchern, ohne weitere Kosten für Nachrüstung oder auch Ausnahmegenehmigungen ihren Fuhrpark nach und nach zu erneuern.



## Mauerfall: Geschenk der Freiheit

Der 9. November 1989 ist eine Sternstunde der deutschen Geschichte. Der Fall der Mauer ist eine historische Leistung mutiger Männer und Frauen, die ihr Schicksal in die

eigene Hand nahmen und eine menschenverachtende Diktatur mit friedlichen Mitteln in die Knie zwangen. Die Bilder von jubelnden Menschen auf der Mauer haben das 20. Jahr-

hundert beendet, das zu erheblichen Teilen von Krieg, Leid und zwei Diktaturen auf deutschem Boden geprägt war, und eine neue Epoche eingeläutet. Berlin ist seitdem das

Herz eines vereinten Europas und ein Symbol der Freiheit. Doch für viele kam diese Entwicklung zu spät. In einer menschenverachtenden Diktatur haben viele

ihren persönlichen Wunsch nach Freiheit mit dem höchsten möglichen Preis bezahlt. Allein die Berliner Mauer hat von 1961 bis 1989 mindestens 136 Menschenleben gefordert. Wir verneigen uns vor den Opfern der SED-Diktatur. Wir werden ihnen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ihr Beispiel mahnt, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist, sondern täglich neu erkämpft und verteidigt werden muss. Für mich und meine Fraktion ist und bleibt der Mauerfall ein gewaltiger Glücksfall. Dennoch weiß ich, dass der Prozess, der folgte, für viele nicht leicht war, denn sie mussten ihren Platz in einer neuen Gesellschaft erst finden. Die Freiheit, die errungen wurde, ist nicht selbstverständlich. Wir müssen das Wissen um die SED-Diktatur, um Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl an die nachfolgenden Generationen weitergeben, damit sich diese Geschichte nie wiederholt.



# Kurznachrichten aus Friedenau

## Wieder Weihnachtsbaum auf dem Breslauer Platz

Zum fünften Mal gibt es einen von den Friedenauer Geschäftsleuten gespendeten und von der AG Friedenau leuchtet organisierten Weihnachtsbaum auf dem Breslauer Platz.

Ende November wurden im Rahmen einer kleinen Licht-an-Feier im Beisein des Tempelhof-Schöneberger Bürgermeisters und des Friedenauer Engels der Baum und die Fenster des Rathauses Friedenau festlich illuminiert. Die Veranstaltung wurde musikalisch durch den Friedenauer Bläserchor und den Chor der Friedrich-Bergius-Oberschule untermalt. Es wurden weihnachtliche Lieder gesungen, und Groß und Klein konnten sich an einem Glühwein oder an einem Kinderpunsch erwärmen.

Und wer sich fragt, von wem die Weihnachtswünsche für Friedenau, Berlin, Deutschland und die Welt an dem Weihnachtsbaum stammen, braucht gedanklich nur bis kurz hinter die Kaisereiche zu gehen: Schüler der Fläming-Grundschule haben sich hier Gedanken gemacht und diese aufgeschrieben...

## Südwestpassage Kultour auch 2009 voller Erfolg

Am letzten Novemberwochenende fand der diesjährige Friedenauer Kulturrundgang Südwestpassage Kultour statt. Bei diesem wurde wiederum verdeutlicht, welche Möglichkeiten der Ortsteil Friedenau auch in kultureller Hinsicht bietet. Die Bewohner Friedenau haben auch die zweite Südwestpassage Kultour in diesem Jahr (im letzten Jahr fand sie das erste Mal statt) begeistert angenommen. Wie viele Künstler und Galerien in Friedenau in direkter Nachbarschaft leben und arbeiten, wird erst durch einen Rundgang bewusst.

In den letzten Jahren konzentrierte sich das kulturelle Leben doch sehr stark auf die Berliner Mitte. Durch die Südwestpassage Kultour haben sich Künstler vernetzt, die von ihrer gegenseitigen Existenz bislang nichts wussten. Entstanden sind viele neue Projekte wie Gruppenausstellungen, Lesungen und literarische Führungen. Wer mehr über die Friedenauer Kunstszene erfahren möchte, kann dies u.a. im Internet auf der Seite [www.suedwestpassage.de](http://www.suedwestpassage.de).

## 3. Engelmarkt vor dem Rathaus Friedenau

Die AG Friedenau Netzwerk/leuchtet lud herzlich zum 3. Friedenauer Engelmarkt ein: Am 3. Advent (13.12.2009) gab es vor dem Rathaus Friedenau auf dem Breslauer Platz wieder weihnachtliches Markttreiben mit Kunsthandwerk, allerlei schönen Dingen, Leckereien, Glühwein, Kinderpunsch und Informationen. Weitere Informationen zum Engelmarkt: [www.friedenau-netzwerk.de](http://www.friedenau-netzwerk.de).

Wer auf dem Engelmarkt die Stände der Parteien besuchen wollte, und sich fragte, wo die CDU ist, sollte wissen, dass auch die CDU Friedenau von den Organisatoren gefragt wurde, ob sie nicht am Engelmarkt teilnehmen möchte. Der Ortsvorstand der Friedenauer CDU ist aber einhellig der Meinung, dass wir als Partei an Weihnachtsmärkten nicht teilnehmen sollten. Im Mittelpunkt der Vorweihnachtszeit sollte die Vorfreude auf das Fest der Geburt des Herrn – und nicht die Politik – stehen. Deshalb haben wir – wie in den Vorjahren – die Teilnahme am Engelmarkt mit einem Stand der CDU abgelehnt.

Roman Simon

# Wie geht's weiter am Wildspitzweg?

## Die geplante Bebauung von Zwei- und Einfamilienhäusern am Wildspitzweg wird vom Investor nicht realisiert!

Dazu ein Blick zurück: Seit vielen Jahren hat ein als Grünfläche ausgewiesenes und so auch von den Anwohnern gerne genutztes Areal am Wildspitzweg die Begehrlichkeit zur Bebauung geweckt. Die CDU-Fraktion hatte dies kritisch begleitet, letztendlich nach vielen Gesprächen aber einer Teilplanung unter Bedingungen zugestimmt, die sich an der vorhandenen Struktur der Einfamilienhäuser orientieren sollten. Hierdurch sahen wir die Möglichkeit, jungen Familien eine neue Heimat im Bezirk zu ermöglichen ohne die vorhandene Nutzung

und Wohnstruktur nachteilig zu belasten. Die Anwohner haben deutlich gemacht, dass es gute Gründe gibt, die jetzige Situation nicht zu verändern. Diese Position haben wir uns nun zu eigen gemacht und einen entsprechenden Antrag gestellt, der im Dezember im Stadtplanungsausschuss behandelt wird.

Peter Rimpler  
Vorsitzender des Ausschusses für Natur,  
Umwelt und Verkehr



# 1. Bürgerhaushalt in Tempelhof Schöneberg – 100 Bürger machten mit!

Anfang diesen Jahres berichteten wir unter der Überschrift „Bürgerhaushalt, alter Wein in neuen Schläuchen?“ erstmalig über einen neuen Partizipationsprozess für die Bürger bei der Verteilung der Gelder in unseren Bezirkshaushalten 2010 und 2011. Damals verwiesen wir auf den Umstand, dass nur bestenfalls Mittel in Höhe von 2% des Gesamtbudgets beeinflussbar sind und die Bürgerbeteiligung hoffentlich nicht eher Frustrationen auslösen werde. Die CDU Fraktion, insbesondere die Mitglieder des Hauptausschusses, beteiligten sich aktiv an den sechs Auftaktveranstaltungen und diversen anschließenden Fachrunden in den Fachausschüssen der BVV. Insgesamt wurden weit über 100 Vorschläge eingebracht und diskutiert. Eine Vielzahl der Vorschläge berühren nicht die direkte Zuständigkeit des Bezirks, z.B. kann die kostenlose Bereitstellung von Schulbüchern nur durch eine Neuregelung auf Senats-ebene erfolgen. Diese Vorschläge wurden an die zuständigen Stellen der Landesebene zur Prüfung weitergeleitet und von der BVV begleitet.

Am 23. September 2009 hat die BVV als zuständiges Entscheidungsgremium den Doppelhaushaltsplan 2010/11 beschlossen. Bestandteil des Vorberichts zum Haushaltsplan war unter anderem die Darstellung von insgesamt 95 konkreten Einzelvorschlägen zum Bürgerhaushalt. In einer Abschlussveranstaltung am 4. November 2009 wurden die Bürger über den aktuellen Sachstand ihrer Vorschläge informiert, teilweise konnten Anregungen – z. B. mehr Bänke in Parkanlagen – schon in diesem Jahr vom Bezirksamt umgesetzt werden. Die befürchtete Frustration blieb bislang aus. Sachlich muss jedoch festgestellt werden, dass von ursprünglich 5000 angeschriebenen Bürgern im Bezirk letztendlich 100 Bürger Interesse an dem neuen Partizipationsprozess zeigten und die Anregungen allesamt in einem vertretbaren finanziellen Rahmen vorgetragen wurden. Beim nächsten Doppelhaushalt, in 2 Jahren, darf man auf das Interesse der dann neu ausgewählten Bürgervertreter gespannt sein.

Petra Dittmeyer,  
Hauptausschussvorsitzende

# Welche Sportanlagen gibt es auf dem Flughafen Tempelhof und sind sie für unsere Vereine nutzbar?

Diese Frage stellte die CDU - Fraktion dem Bezirksamt und bekam leider keine Antwort. Das ist schade, denn die Vereine im Bezirk sind mit Sportanlagen unterversorgt. Was bietet sich da näherliegendes an, als Anlagen der Alliierten

für unsere Sportvereine zu nutzen? Unverständlich bleibt, dass unser Sportamt noch nicht selbst auf die Idee gekommen ist. In der nächsten BVV werden wir das Bezirksamt zur Bestandsaufnahme der vorhandenen Flächen auffordern. Vielleicht erge-

ben sich hier ungeahnte Möglichkeiten, ungenutzte Sportflächen mit wenig Geld wieder für die Sportler in unserem Bezirk nutzbar zu machen.

Dennis Mc. Gee  
stellv. Sportausschussvorsitzender

# Wir brauchen einen Sportanlagenentwicklungsplan!

In den nächsten Jahren stehen erhebliche Investitionen in den Sportanlagen des Bezirks an. Gleichzeitig wird es Schulschließungen geben, die auch Auswirkungen auf die Nutzung der Sportanlagen im Bezirk haben werden. Um Fehlinvestitionen zu vermeiden, muss mittelfristig geklärt werden, welche Ortsteile besonderen Investitionsbedarf haben und welche Anlagen für welche Sportarten benötigt werden. Für alle Anlagen reicht das wenige Geld in den Bezirken ohnehin nicht. Des-

halb wird es Schwerpunkte geben müssen, hier ist das Bezirksamt gefordert.

Die Redaktion

## Termine der CDU Tempelhof-Schöneberg

Datum	Veranstaltung	Ort/Treffpunkt
8.1.2010, 18.00 Uhr	Neujahrsempfang CDU Tempelhof-Schöneberg	Rathaus Schöneberg, Willy-Brandt-Saal
26.01.2010, 19.30 Uhr	CDU Lichtenrade – Mitgliederversammlung mit Gregor Hoffmann MdA	Familienrestaurant Reisel, Alt-Lichtenrade
27.01.2010, 17.30 – 19.00 Uhr	Bürgersprechstunde des Abgeordneten Florian Graf	Restaurant „Mundo“, Alt-Mariendorf 32, 12107 Berlin
2.2.2010, 18.00 – 19.00 Uhr	Bürgersprechstunde Dr. Jan-Marco Luczak MdB	Restaurant „Zur Linde“, Kirchhainer Damm 37, 12309 Berlin
9.2.2010, 19.00 Uhr	Mitgliederversammlung OV Neu-Tempelhof	(Einladung folgt)
16.2.2010, 19.30 Uhr	Jahreshauptversammlung CDU Lichtenrade	Gemeindezentrum Finchleystraße 11
23.02.2010, 17.30 – 19.00 Uhr	Bürgersprechstunde des Abgeordneten Florian Graf	Restaurant „Janus“, Wenckebackstraße 57, 12099 Berlin
Di, 23.03.2010, 18 – 19.30 Uhr	Bürgersprechstunde des Abgeordneten Florian Graf	Restaurant „Adlermühle“, Mariendorfer Damm 320, 12107 Berlin

## ISS – Was ISS'n das?!

Es handelt sich nicht um die internationale Raumstation, sondern um den neuen Oberschultyp, der zukünftig in Berlin neben dem Gymnasium und der im Pilotbetrieb befindlichen (und hoffentlich nicht darüber hinaus gehenden) Gemeinschaftsschule existieren soll. ISS wird die bisherige Haupt-, Real- und Gesamtschule ersetzen und steht für Integrierte Sekundarschule. Hier sollen alle Schüler, unabhängig von ihrer Leistungsstärke, die Möglichkeit haben, im Ganztagsbetrieb nach insgesamt dreizehn Schuljahren Abitur zu machen. Auf dem Gymnasium wird das Abitur nach zwölf Schuljahren erworben.

Die Bezirke sind vom Senat angewiesen, bis Januar 2010 im Schulentwicklungsplan darzustellen, welche Schulen künftig ISS werden und welche auch ggf. aufgelöst werden sollen. Kurioserweise wird es bis Januar 2010 aber noch gar keine gesetzliche Grundlage für diese „Jahrhundertreform“ geben, diese wird vermutlich erst kurz danach mit dem zurzeit in der Diskussion

befindlichen Entwurf zur Änderung des Schulgesetzes vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden. Sollten noch Änderungen beschlossen werden, können die Bezirke mit ihrer Planung von frischem beginnen.

Da sich die Schulen im Bezirk dafür ausgesprochen haben, bereits im nächsten Schuljahr 2010/11 als ISS zu beginnen, wird mit Hochdruck an der Umsetzung der Reform gearbeitet. Doch immer wieder flammt die Diskussion auf, wie der Übergang von der Grundschule zur Oberschule geregelt werden soll. Im Gesetzesentwurf wird das Losverfahren bei Übernachfrage genannt, doch gibt es immer wieder Stimmen aus SPD und Linkspartei, die strengere Zugangskriterien für das Gymnasium festschreiben wollen.

Dies hätte auf die Schulplanung nicht unerhebliche Auswirkungen, wird z. B. die Anzahl potentieller Schüler für das Gymnasium geringer, wird sich die bisherige Verteilung - ca. 40 % der Oberschüler besuchen ein Gymnasium - verschieben und sie benötigen mehr Schulgebäude.

Andersherum könnte der vom Senat zu verantwortende Zeitdruck einen schlechten Start der ISS bewirken, so dass bei offener Zugangsmöglichkeit zum Gymnasium eine Flucht hin zum Gymnasium oder auf Privatschulen stattfindet. Wollen wir hoffen, dass sobald wie möglich alle Fragezeichen hinter dieser Reform geklärt sein werden, denn die ohnehin schon reformgeplagten Schulen Berlins hätten es verdient, in Ruhe eine gute Arbeit machen zu können. Zunächst wird Vieles sicher nur provisorisch sein, denn das Land Berlin hat zwar blumig formuliert, welche räumlichen Veränderungen (Mensen, Freizeitbereich, Fachräume) an den Schulen für eine ISS vorgenommen werden müssen, doch leider hat es vergessen, den Bezirken das Geld in ausreichendem Umfang zur Verfügung zu stellen. Das erinnert doch mehr an Schulreform 2011, Odyssee im Weltall. Irgendwie typisch Berlin....

*Christian Zander  
Mitglied im Schulausschuss*

## Mehr bilinguales Lernen (Französisch) an der Rückert-Oberschule!

Die CDU-Fraktion hat mit einem Antrag in der BVV-Sitzung im Oktober versucht, die Schöneberger Rückert-Oberschule in ihrem Bestreben zu unterstützen, eine weitere bilinguale Französisch-Klasse ab Klasse 5 einrichten zu können. Seit Jahren übersteigen die Anmeldezahlen die Kapazität der Schule.

Die Rückert-Oberschule bietet seit 1991 als Pilotschule an, in bilingualen Klassen neben dem deutschen Abitur zugleich das französische

Baccalauréat zu erhalten. Hierzu gibt es bereits ab der 5. Klasse in Vorbereitung dazu intensiven Französischunterricht, stufenweise wird dazu bilingualer Fachunterricht (Erdkunde, Geschichte, Politik) eingeführt. Dies stellt in unserem Bezirk ein attraktives Angebot dar, dass auch von Schülern aus anderen Bezirken gern genutzt wird.

Anlass des Antrags war, dass ein Reinickendorfer Gymnasium nunmehr mit Genehmigung der Senatsverwaltung einen zusätzlichen drit-

ten Klassenzug einrichten kann, während der Süden der Stadt trotz hoher Nachfrage deutlich unterversorgt ist. Zudem ist das Angebot an grundständigen Zügen ab der 5. Klasse in unserem Bezirk insgesamt mit nur dreien (Latein an der Eckener-Oberschule in Mariendorf, Japanisch an der Gustav-Heinemann-Oberschule in Marienfelde) deutlich geringer als in unseren Nachbarbezirken Steglitz-Zehlendorf oder Charlottenburg-Wilmersdorf mit jeweils neun Zügen. Lediglich Neu-

kölln und Treptow-Köpenick haben mit zwei Zügen geringere Kapazitäten.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD, sie lehnt Gymnasien ab der 5. Klasse aus grundsätzlichen Überlegungen ab, beschlossen. Für die CDU hat der Elternwunsch oberste Priorität, deshalb müssen Angebot und Nachfrage im Bezirk ausgeglichen werden. Wie hoch die Nachfrage ist, kann daran abgelesen werden, dass auch das Französisch-

Angebot im Rahmen des Europa-Schulzweigs der Sophie-Scholl-Oberschule überlaufen ist. Berlin muss ein Interesse daran haben, entsprechende Angebot vorzuhalten, will es die Schüler – in diesem Fall dürften es auch eher die leistungsstärkeren sein – nicht an die immer beliebtesten Privatschulen verlieren.

*Christian Zander  
Mitglied im Schulausschuss*

## Schulentwicklungsplan oder Schulvernichtungsplan im Bezirk?

Eltern und Schulleiter tendieren eher zur zweiten Variante. Das ist zwar etwas überzogen, aber im Kern leider richtig. Wir haben in den nächsten Jahren mit deutlichen Schülerrückgängen im Bezirk zu tun. Als Folge der jetzigen Senatsphilosophie wird es daraufhin zu Schulfusionen und Standortaufgaben kommen müssen. Pädagogisch richtig wäre es, die sinkenden Schülerzahlen in den Grundschulen für eine deutliche Absenkung der Klassenfrequenzen zu nutzen. Was spricht eigentlich gegen Klassenstärken von 15 Schü-

lern in Schulen mit einem hohen Anteil von Schülern mit besonderem Förderungsbedarf? Gar nichts! Dafür müsste nicht einmal mehr Geld ausgegeben werden, es würde schon helfen, wenn der jetzige Sollbestand an Räumen und Personal bei rückgehenden Schülerzahlen konstant bliebe. Die Entlastung ergäbe sich dann automatisch im Laufe der nächsten Jahre. Stattdessen wird aus den eingesparten Mitteln durch Schülerrückgänge eine über-eilte Schulstrukturreform im Oberschulbereich finanziert. Der Bezirk

hat bei Lehrerstunden, Klassengrößen etc. keine Gestaltungsfreiheit, sondern ist zu 100% abhängig von der Senatsverwaltung. In unserem Bezirkshaushalt bekommen wir vom Senat genau den Betrag zugewiesen, der nach den Schülerzahlen und Auslastungsgraden der Klassen errechnet wurde, entscheidend ist dabei die Sollvorgabe. Im laufenden Haushalt ergeben sich mehr als 5 Millionen Defizit im Bereich Schule, der Hauptverlustfaktor ist die Grundschule. Der Löwenanteil entfällt dabei auf die im Verhältnis

zur Schülerzahl verbrauchte Fläche. Einfacher gesagt, es gibt zu viele Gebäude für zu wenig Kinder. Die einzige Möglichkeit, das „Schuldefizit“ im Bezirk abzufedern, wäre der Ausgleich mit anderen Ressorts. Jugendarbeit, Sport, Gesundheitsfürsorge oder Kultureinrichtungen zugunsten von Schule zusammenzustreichen, wird aber niemand im Bezirk tun, denn die auch in allen anderen Bereichen ist längst das Limit erreicht.

Was bleibt? Protestieren, dass beim Thema Bildung nur noch finazi-

elle Fragen im Mittelpunkt stehen und gleichzeitig unter Abwägung aller verfügbaren Informationen die richtigen Entscheidungen für unvermeidliche Standortschließungen vornehmen. Weitere Haushaltsdefizite im Bereich Schule würden den Bezirk spätestens ab 2013 in die Zwangsverwaltung durch den Senat führen. Deshalb gilt: „Gemeinsam mit allen Beteiligten nach tragbaren Lösungen suchen!“

*Ralf Olschewski  
Fraktionsvorsitzende*